

nachrichten

Erst Plebiszit, dann Wahlen

Die Lokalwahlen in der Autonomen Muslimischen Region in Mindanao (Autonomous Region in Muslim Mindanao, ARMM) sind nach Beschluss beider Parlamentskammern auf nächstes Jahr verschoben worden. Bevor die Amtsinhaber gewählt werden, soll in einem Plebiszit über die Ausweitung der autonomen Region auf weitere neun Provinzen und zehn Städte abgestimmt werden, wie es das Friedensabkommen zwischen Regierung und MNLF (Moro National Liberation Front) von 1996 vorsieht.

Das Plebiszit ist besonders brisant, weil darin über den Beitritt mehrheitlich von Christen bewohnter Provinzen zur autonomen muslimischen Region abgestimmt wird. Bisher gehören nur die Provinzen zur ARMM, in denen Muslime die Mehrheit bilden. Die Regierung hatte auf den Parlamentsbeschluss gedrängt, weil führende muslimische Vertreter verschiedener Lager und auch die Konferenz islamischer Staaten (OIC) die Einhaltung des Friedensabkommens angemahnt hatten.

Mehrfach wurde mit erneuten Kampfhandlungen der muslimischen Guerillaarmeen gedroht. Der saudische König hat 150 Tonnen Nahrungsmittel für die von den neuen Kampfhandlungen vor allem in Maguindanao vertriebenen Muslime nach Mindanao verschifft.

vgl. MTI 16.6. u. 12.7.99, MBI 11.7. u. 31.7.99, PDI 11.7. u. 17.8.99

Präsident auf Kriegsfuß mit der Presse, führende Zeitung verkauft

Die ganze Bandbreite philippinischer Protestkultur wird zugunsten der Pressefreiheit mobilisiert, seitdem Präsident Estrada offenbar zum Anzeigenboykott gegen die Tageszeitung »Philippine Daily Inquirer« aufgefordert hat, Reporter dieser Zeitung von seinen Briefings ausschließt und immer wieder Anspielungen auf Missbrauch von Meinungsfreiheit durch Printmedien macht, die seine Äußerungen verfälschten.

Die Berichterstattung des »Inquirer« sei vorurteilsbeladen, verzerrt und böswillig, hieß es aus dem Präsidentenpalast. In einem freien Land, so Estrada, habe der Präsident auch die Freiheit, seinem Ärger über die Medien Luft zu machen. Zahlreiche Kritiker, am deutlichsten Kardinal Jaime Sin warnten Präsident Estrada, er provozie durch sein autoritäres Gebaren gegenüber den Medien geradezu den Vergleich mit dem Diktator Marcos.

Mitte Juli hatten die Filmproduzenten kurz nach einer Unterredung mit Estrada ohne Begründung ihre Kinowerbung im Wert von 1,2 Millionen Pesos pro Monat aus dem »Inquirer« abgezogen, kurz darauf nahmen zwei staatseigene Banken und die Sozialversicherungskasse ihre Anzeigen aus dem Blatt. Ähnliches war der »Manila Times« im Frühjahr widerfahren, als Regierungsinstitutionen und Firmen von Estradas Freunden keine Anzeigen mehr schalte-

ten, weil Estrada eine Entschuldigung für einen Artikel forderte, in dem er als Drahtzieher für einen unsauberen Vertragsabschluss genannt wurde. Außerdem hatte Estrada mit einer Verleumdungsklage über 101 Millionen Pesos gedroht. Die »Manila Times« hat inzwischen den Besitzer gewechselt. Der Konflikt mit dem Präsidenten wird als ausschlaggebendes Motiv für den Verkauf der renommierten Zeitung im Juli gesehen. Der neue Besitzer der »Manila Times«, ein Immobilienhändler, hat das Blatt bis September eingestellt, nach dem Neuerscheinen möchte er Profit machen mit der Zeitung.

Hartnäckig halten sich Vermutungen, dass der Käufer nur Strohmann von Estradas politischen Freunden ist. Wiederholt hat ein enger politischer Freund Estradas, Mark Jimenez, Interesse am Kauf der »Times« bekundet.

Die USA hatten die Auslieferung von Jimenez wegen dubioser Geschäfte beantragt. Die vorläufig letzte Ausgabe der »Manila Times« vom 23. Juli, die unter anderem über die Wiederkehr der Güstlingswirtschaft und die Hintergründe des Verkaufs berichtete, war sehr schnell von den Kiosken verschwunden, eine Beschlagnahmung wird nicht ausgeschlossen. Aufgrund der heftigen Proteste gegen sein Vorgehen auch aus dem Ausland, ist Estrada bemüht, die Auseinandersetzung herunter-

zuspielen und hysterisierten Medienleuten anzulasten. Das Verhältnis des Präsidenten zur Presse war von Anfang an schwierig.

Obwohl an Medienpräsenz gewöhnt, beklagte sich der ehemalige Schauspieler immer wieder über kritische Berichterstattung, vor allem was seine persönliche Amtsführung betraf.

Nachdem etwa die Ausgaben für die Renovierung seines Amtssitzes und der Präsidentenyacht kritisiert worden waren, legte sich der Präsident schmolend einen Sprecher zu. Im Juni hatte er verkündet, er werde von nun an keine spontanen Interviews mehr geben. Die Medienleute protestierten auf ihre Art und boykottierten den Präsidenten für einen Tag. Er selbst sei das Problem, man habe ihn stets korrekt zitiert, doch neige Estrada dazu, alles zu dementieren sobald es ein negatives Echo gebe, sagten Mitglieder des Malacanang Press Corps. Nach einer Unterredung des Erzbischof Kardinal Ricardo Vidal mit dem Präsidenten hieß es aus dem Malacanang, der Kardinal sehe keinen Grund, über die Pressefreiheit besorgt zu sein. Tags darauf ließ der Erzbischof in einem Interview jedoch durchblicken, dies sei eine Äußerung des Präsidenten, die ihm in den Mund gelegt worden sei.

vgl. MTI 24.6., 20.7., 22.7. u. 23.7.99, PDI 16.7., 18.7., 23.7., 6.8.99

State of the Nation-Rede — Bilanz

Als Hüter demokratischer Freiheiten präsentierte sich Präsident Estrada in seiner Regierungserklärung zur Lage der Nation anlässlich der Eröffnung einer neuen Sitzungsperiode des Parlaments.

Leider müsse er seine Kritiker enttäuschen, aber er sei nach wie vor höchst beliebt, und im Ausland sei das Ansehen der Philippinen gestiegen, wie sich auch an der Börse ablesen lasse.

In seiner Rede begründete

Estrada anvisierte Verfassungsänderungen mit der Notwendigkeit, das Land für den globalen Wettbewerb zu rüsten. Die Verfassung solle so geändert werden, dass amtierende Politiker keinen Nutzen daraus ziehen könnten.

Bei der Bilanzierung seines ersten Amtsjahres Ende Juni bezeichnete Präsident Joseph Estrada die Stärkung des Peso gegenüber dem Dollar und niedrige Zinsen und Inflationsrate als seinen größten Erfolg. Aller-

dings frustrierte es ihn, so Estrada, dass für seine Programme zur Bekämpfung der Armut das Geld knapp sei. Als Sprecher der katholischen Bischofskonferenz warf Erzbischof Oscar Cruz Estrada vor, er habe mit dem Vollzug von Hinrichtungen eine »Kultur des Todes« gefördert. Es bleibe noch viel zu tun, wenn die Regierung Estrada die sozialen Bedingungen im Land wesentlich verbessern wolle.

Vgl. MTI 18.6. u. 28.6., 20.7.99, PDI 1.7., 27.7. u. 28.7.99

Ende der Verhandlungen

In einer Fernseh-Liveschaltung erklärten die führenden Vertreter der NDF (National Democratic Front) das Ende der Friedensgespräche mit der philippinischen Regierung. Letzter ausschlaggebender Beweggrund sei die Verabschiedung des VFA (Visiting Forces Agreement), das die nationale Souveränität verletze. Es müsse nun wieder verstärkt mit Kampfhandlungen gerechnet werden. Man werde mit der Regierung Estrada keine Friedensgespräche mehr führen, so NDF-Sprecher Luis Jalandoni.

Daraufhin beendete auch die Regierung offiziell die Verhandlungen mit der NDF und kündigte das Abkommen, das NDF-Vertretern, die an den Verhandlungen beteiligt waren, Sicherheit und Immunität garantiert. Ein NDF-Berater, Vicente Ladlad, wurde vom Militär verhaftet, musste jedoch wegen juristischer Fehler wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Andere NDF-Vertreter betonten, sie seien nicht im Untergrund und gingen legalen Tätigkeiten nach. Gegen zwölf von ihnen liegt ein Haftbefehl vor.

Wie Verteidigungsminister Orlando Mercado mitteilte, ist die Zahl der unter Waffen stehenden NPA-Kämpfer in den letzten vier Jahren von 5000 auf derzeit etwa 8000 gewachsen.

Das philippinische Außenministerium hat indes gegenüber der niederländischen Regierung seine Besorgnis darüber geäußert, dass die führenden Köpfe der NDF von Utrecht aus »kriminelle Akte gegen das philippinische Volk« steuerten.

José Maria Sison, der als Vorsitzender der CPP (Communist Party of the Philippines) gilt, lebt seit 1986 in Utrecht und hat mehrmals versucht, politisches Asyl in den Niederlanden zu bekommen.

Vgl. MTI 31.5.u. 1.6.99, PDI 2.7., 17.7. u.2.8.99

Die indigene Bevölkerung zur Lage der Nation

Vertreter der indigenen Bevölkerung haben eine eigene Version der Rede zur Lage der Nation präsentiert. Darin warfen sie Präsident Estrada vor, er habe versagt darin, die indigene Bevölkerung und ihr Stammland zu schützen vor dem Eindringen von Bergbauunternehmen, industriellen Baumpflanzern und großen Viehzüchtern. Es gebe keine Jagdreviere, Weideland, heilige Stätten und Artenvielfalt in den Wäldern mehr, keine Viel-

falt der Kulturen. In Davao forderten rund 200 Evakuierte Lumads das Ende der Aufstandsbekämpfungsoperationen in ihrem Gebiet. Der Bürgermeister einer Gemeinde, Anführer einer paramilitärischen Gruppe führe Krieg gegen sie, das Militär hat die Gegend bombardiert. Ein Vertreter des Militärs tat die Beschuldigungen als NPA-Propaganda ab.

Vgl. PDI 23.7. u. 25.7.99

Opferentschädigung wieder offen

Der Gerichtshof Sandiganbayan hat einen Kompromiss zur Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der Marcos-Ära in Höhe von 150 Millionen Dollar aus dem beschlagnahmten Marcos-Vermögen für ungültig erklärt. Demnach müssen die Marcoses die Entschädigungen, die die Opfer vor einem Gericht in Hawaii erstritten hatten, aus ihrem eigenen Vermögen begleichen.

Die beiden Organisationen der Opfer, SELDA und »Claimants 1081« reagierten

unterschiedlich auf die Entscheidung. Die Regierung kündigte an, einen Revisionsantrag zu stellen. Der Vorsitzende Richter rief den Opfern, in den USA erneut zu klagen und US-Vermögen der Marcoses beschlagnahmen zu lassen.

Senator Franklin Drilon schlug Imelda Marcos vor, ihre Juwelen zu verkaufen, die sie anlässlich ihres siebzigsten Geburtstages öffentlich zur Schau gestellt habe.

Vgl. PDI 28. u. 29.7.99

Eraps Wege ins Glück

Mit scharfen Worten reagierte die Katholische Bischofskonferenz auf die Einführung und ausdrückliche Unterstützung von Online-Bingo durch die Regierung. Nach der Logik des Präsidenten ist die computerisierte Glücksspielvariante ein Weg für die Armen, sich aus der Not zu erheben und die Entwicklung des Landes zu beschleunigen. Das Regierungsprogramm zur Armutsbekämpfung wird nun durch Bingo Filipino mitfinanziert. Auch gegen die Wiedereinführung des Jai-alai Spiels, bei dem Wetten abgeschlossen werden können, wandten sich die Bischofskonferenz und einige Kongressabgeordnete. Nur Reiche und begüterte Spieler könnten sich dieses Spiel lei-

sten. Auch wenn ein Teil der Einnahmen in die Armutsbekämpfung flösse, sei doch nicht sicher wieviel davon durch Korruption und Schiebereien verlorengelasse, erklärten die Kritiker. Der aus dem spanischen Baskenland kommende, enorm populäre Sport war von der Regierung Aquino abgeschafft worden, weil ein Schwager von Ferdinand Marcos damals einen Exklusivvertrag als Betreiber der Arena hatte.

Als Programm für die kleinen Sparer stellte Estrada Ende Juni einen Schatzbrief im Wert von 5000 Pesos vor, mit dem er die Rate der Sparguthaben erhöhen will.

Vgl. PDI 19., 27.u.29.6.99, MTI 23.6.99

nachrichten

Heftige Erdrutsche und Überflutungen

Ausgelöst durch besonders heftigen Monsunregen Anfang August sind in Antipolo nördlich von Manila Berghänge abgerutscht und haben eine Siedlung zerstört, mindestens 50 Menschen sind dabei ums Leben gekommen. Anwohner führten das Unglück auf Bergbauoperationen in der Nähe zurück. Auch Umweltschützer und Politiker wiesen auf die vermehrten Bergbauaktivitäten im Hochland der Provinz Rizal hin, vor deren Folgen sie schon lange warnen.

270 Dörfer in Zentralluzon sind überschwemmt worden. In Quezon City ist der La Mesa-Damm übergetreten und hat einen Erdrutsch ausgelöst. Insgesamt gibt es 156 Todesopfer der Überflutungen.

Auch in einigen Provinzen auf Mindanao kam es zu starken Überschwemmungen. Kongressabgeordnete aus Mindanao klagen indes über ungerechte Verteilung von Regierungsmitteln zur Hochwasserkontrolle. So erhielt Estradas Heimatstadt San Juan in Manila, wo Präsidentensohn Jinggoy derzeit Bürgermeister ist mehr als zwei Drittel der insgesamt 947 Millionen Pesos, die für Hochwasserbekämpfung vorgesehen sind.

Vgl. MB 4.8., 5.8. u. 11.8.99; PDI 4.8.,8.8. u. 9.8.99

nachrichten

Bauern wollen keinen Gen-Mais

Ein Verbot des kommerziellen Anbaus von genverändertem Mais fordern der Bauernverband KMP (Kilusan ng mag Magbubukid sa Pilipinas) und andere Gruppierungen. Der mit einem Gen von »bacillus thuringensis« gegen Schädlinge geimpfte sogenannte Bt-Mais könne sich mit normalem Mais vermischen, außerdem könnten nützliche Insekten von dem Gift getötet werden. Der Rat des Stadtteils Lagao von General Santos City auf Mindanao soll bereits eine Resolution an das Nationale Komitee für biologische Sicherheit gestellt haben, genverändertes Saatgut nicht freizugeben.

Vgl. PDI 28.6.99

Comelec gegen fliegende Wähler

Wer sich mehrfach als Wähler hat registrieren lassen um so einem Kandidaten illegal um so mehreren Stimmen zu verhelfen, wird nun von der Wahlaufsichtsbehörde Comelec verfolgt.

Die neuen computergestützten Wählerlisten sollen bereinigt werden, so dass der bisher weit verbreitete Wahlbetrug durch »fliegende Wähler«, die an mehreren Orten ihre Stimme abgeben, ausgeschlossen wird. Nach einer ersten Durchsicht der Unterlagen für drei Regionen fand die Comelec mehr als siebentausend Mehrfacheintragungen.

MBI 5.7.99

Umfrage: Mehrheit gegen Verfassungsänderungen

Zu einer großen Demonstration in Manila haben die katholische Kirche und prominente Politiker, darunter Ex-Präsidenten Corazon Aquino und Fidel Ramos gegen Verfassungsänderung und zur Wachsamkeit gegenüber Verletzungen der demokratischen Freiheiten aufgerufen. Auch einige Mitglieder der Regierung Estrada haben ihre Teilnahme angekündigt.

Estrada hatte bereits zu Beginn seiner Amtszeit angekündigt, dass er Verfassungsänderungen plane, die einzelnen Punkte werden jedoch erst jetzt nach und nach in einer Strip-tease-Taktik, so ein Kommentator, genannt. Nicht der lockere »Cha-Cha-Cha-Tanz (Charter Change), dessen Schritte vor und zurück führten, sondern Concord, für Constitutional Correction und Development, die das Land mit Überschallgeschwindigkeit in die Zukunft führen sollen, sei sein Leitmotiv, so Estrada. Die beliebte Wortspielerei mit Abkürzungen ist jedoch gegen den Chor der kritischen und ablehnenden Stimmen kaum zur Geltung gekommen. Insbesondere das Vorhaben, die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs zu beschneiden, hat erbitterten Widerspruch herausgefordert.

Der Präsident möchte die Autorität des Gerichts über wirtschaftliche Fragen kapfen, er sieht in den Kompetenzen der Richter in diesem Bereich ein Investitionshemmnis. Gericht sollten über Rechtsfragen befinden, nicht

über Wirtschaftsfragen entscheiden, das könne die Geschäftswelt selber, so der Präsident.

Passend zu dieser Auffassung hat Estrada in die von ihm eingerichtete vorbereitende Kommission für Verfassungsänderungen kürzlich acht Vertreter von Wirtschaft und Industrie berufen. Präsident Estrada möchte unter anderem die Verfassungsbestimmung ändern, die besagt, dass Ausländer auf den Philippinen kein Land besitzen dürfen. Ein Eingriff in die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs ist nach Auffassung des Abgeordneten Joker Arroyo vergleichbar mit einem Dekret aus der Marcos-Zeit, das die Gesetze dem Zugriff von Gerichten entzog. Justizsekretär Cuevas hält Estradas Vorschläge nicht für geeignet, die Probleme zu lösen.

Eine deutliche Mehrheit von 86 Prozent sprach sich bei einer Befragung durch die Social Weather Station (SWS) gegen Bestrebungen aus, die philippinische Verfassung von 1987 zu ändern, nur acht Prozent der Befragten waren dafür. Ein neues Bündnis gegen Verfassungsänderungen wurde Ende Juli unter Federführung von Kardinal Ricardo Vidal von Cebu gegründet. Man lehne Verfassungsänderungen ab, die dazu dienen, neoliberale Programme umzusetzen, die herrschende Elite zu festigen und autoritäre Bestrebungen zu stützen, so das »Reject Erap Charter Movement«.

Vgl. PDI 22.7., 23.7., 4.8., 12.8., 13.8. 99 MB 11.8.99

Polizeichef angeklagt

Der Chef der Philippinischen Nationalen Polizei (PNP), Roberto Lastimoso wird beschuldigt, seine Untergebenen angewiesen zu haben, es mit der Verfolgung von Drogenhändlern nicht so genau zu nehmen. So soll er die Freilassung eines Dealers angeordnet haben. Der Polizeichef ist bereits seit Mai beurlaubt. Erzbischof Oscar Cruz hatte in einer Presseerklärung eine konsequente Drogenbekämpfung gefordert und darauf hingewiesen, dass manche damit betrauten Amtsträger selbst Missbrauch übten. Eine Umfrage der unabhängigen »Social Weather Station« im März ergab, dass 35 Prozent der Befragten Drogenmissbrauch an ihrem Wohnort für »sehr schwerwiegend« halten.

Vgl. MTI 22.6.99 UCAN 23.6.99

Mount Mayon aktiv

Seit Ende Juni sind Behörden und Bewohner rund um den Vulkan Mount Mayon auf Luzon, Provinz Albay, im Alarmzustand. Dampf Wolken, eine steigende Magmasäule und vor allem zunehmend starke Schwefelemissionen deuten auf einen möglichen Ausbruch hin. Der Mayon gilt als einer der aktivsten Vulkane der Welt, zuletzt war er 1993 ausgebrochen.

Vgl. MBI 4.7.99, PDI 13.7.99

Armutstatistik für Mindanao

erwirtschafteten Einkommens in der Region.

In 29 Prozent der armen Familien arbeiteten auch die Kinder, in zwölf Prozent der Familien mussten Kinder wegen Geldmangels die Schule verlassen. Fast alle Familienoberhäupter klagten über finanzielle Probleme, am meisten über die Verteuerung

von Lebensmitteln und Grundbedarf nach der langen Trockenheit zwischen September 97 und Mai 98. In dieser Zeit mussten 61 Prozent der Familien ihre Essengewohnheiten ändern und aßen billigere Nahrungsmittel und weniger.

Vgl. PDI 30.6.99

Weniger Jobs in Saudi-Arabien

Die saudische Regierung hat die Behörden der Philippinen gemahnt, beschleunigt Programme zur Reintegration von Auslandsarbeitern zu starten. In Saudi-Arabien soll demnächst ein Gesetz in Kraft treten, dass die Verlängerung von Arbeitsverträgen über das zehnte Jahr des Aufenthalts in dem Land verbietet. Außerdem werden zunehmend Arbeiter aus anderen Herkunftsländern als den Philippinen eingestellt. Derzeit sind rund 650 000 philippinische Arbeitnehmerinnen in Saudi-Arabien beschäftigt.

Vgl. PDI 31.7.99

Bombe auf NBI

Bei einem Bombenanschlag auf des Hauptquartier der Strafverfolgungsbehörde NBI (National Buero of Investigation) sind sieben Menschen ums Leben gekommen und 13 verletzt. Einer Unbekannten war es gelungen, sich unerkannt in das Gebäude zu schmuggeln und eine große Plastiktüte für einen Mitarbeiter abzugeben, die vermutlich Sprengstoff enthielt. Über die Drahtzieher des Anschlags herrscht noch Unklarheit.

Vgl. MB 14.8.99, PDI 14.8.99

58 Todesurteile revidiert, aber keine Änderung der Todesstrafe

Trotz anhaltender Kritik, vor allem von Seiten der katholischen Bischofskonferenz, und auch nach einem tragischen Vorfall im Vorfeld der zweiten Hinrichtung seit Wiedereinführung der Todesstrafe, lehnt Präsident Estrada eine Gesetzesänderung ab.

Ende Juni konnte der Präsident seine Entscheidung, eine Hinrichtung in letzter Minute zu verschieben, nicht mehr rechtzeitig anordnen. Der Präsident war zunächst nur mit einem Fax-Gerät verbunden worden. Als die Verbindung zur sogenannten Todeskammer, wo es ein rotes Krisentelefon für den Präsidenten gibt, hergestellt war, war die Hinrichtung gerade vollzogen worden. Estrada wollte dem wegen Vergewaltigung an seiner 14jährigen Tochter verurteilten Eduardo Agbayani Aufschub gewähren, nachdem Bischof Teodoro Bacani den Präsidenten in letzter Minute davon überzeugt hatte, dass die Kinder des Verurteilten ihm verziehen hätten. Die nächste geplante Hinrichtung wurde von Estrada verschoben, Anfang Juli sind jedoch drei weitere Todesurteile vollstreckt worden.

Inzwischen hat sich auch die politisch einflussreiche Iglesia ni Cristo gegen die Todesstrafe ausgesprochen. Estrada entgegnet den Kriti-

kern der Todesstrafe, sie stellen sich auf die Seite von Kriminellen. Es sei noch zu früh, das Gesetz zu verändern, denn man wisse noch gar nicht, ob es effektiv sei. Er stehe auf Seiten der Opfer, die er bedauere. Wie Justizminister Serafin Cuevas mitteilte, sind die mit der Todesstrafe geahndeten vorsätzlichen Gewaltverbrechen seit der ersten Hinrichtung nach Wiedereinführung des Todesstrafe im Februar dieses Jahres um 11 Prozent zurückgegangen.

Der oberste Gerichtshof der Philippinen hat innerhalb einer Woche zwei Todesurteile aufgehoben. In einem Fall wurde die Entscheidung damit begründet, dass der Verurteilte, ein Taubstummer, das mentale Alter eines Kindes habe und kein faires Verfahren bekommen habe. Der oberste Gerichtshof der Philippinen hat bis Anfang Juli 100 Todesurteile überprüft und in 58 Fällen Freispruch, Änderung des Urteils oder eine Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet. Präsident Estrada lässt zehn Todesurteile von einem Exekutivkomitee zusätzlich überprüfen, um herauszufinden, ob die Gewaltverbrechen aus Armut begangen worden sind.

Vgl. MTI 26.6., 11.7. u. 15.7.99,
MBI 27.6.99

nachrichten

Kernkraftwerk wird verramscht

Das einzige philippinische Kernkraftwerk in Bataan wird nicht, wie geplant, in ein nicht-atomares Kraftwerk umgerüstet, sondern abgebaut. Bauteile, für die sich Käufer finden, sollen verkauft werden. Offiziell gibt es keine Pläne für neue Kernkraftwerke auf den Philippinen, die dort unter anderem wegen der Erdbebengefahr auf heftigen Widerstand gestoßen waren. Das Energieministerium hat jedoch vor zwei Jahren mögliche Standorte benannt.

Vgl. PDI 19.6.99

Schuldenerlass bringt Philippinen nichts

Keine positiven Auswirkungen auf die Philippinen wird das von den G7-Staaten Ende Juni beschlossene Schuldenerlassprogramm in Höhe von 70 Milliarden Dollar für 36 Staaten haben. Wie das Londoner Büro der Schuldenerlasskampagne »Jubilee 2000« mitteilt, basiert der Kölner G7 Beschluss auf einem bereits 1996 verabschiedeten Programm für 41 hochverschuldete Länder, in dem die Philippinen nicht berücksichtigt

waren. Die Kampagne fordert für das Jahr 2000 einen Schuldenerlass von 370 Milliarden Dollar für 52 Länder. Bestrebungen der philippinischen Regierung, nachträglich in die Gruppe der Nutznießer aufgenommen zu werden, wurden von katholischen Bischöfen und der philippinischen Jubilee-Kampagne (PAJCAD, Philippine Asia Jubilee Campaign Against the Debt) scharf kritisiert.

Man werde sich nur neuen strukturellen Anpassungsprogrammen unterziehen müssen, die letztlich die Rendite der ausländischen Investitionen absichern sollten und nicht der Bevölkerung in den verschuldeten Ländern zugutekäme.

Unterdessen sind die Auslandsschulden der öffentlichen Hand auf den Philippinen in den letzten zehn Monaten um 22 Prozent von rund 15 Milliarden Dollar auf 18,5

Milliarden Dollar gestiegen. Die Regierung begründet den starken Anstieg mit der Notwendigkeit, die Wirtschaft zu stimulieren, da die private Nachfrage schwach sei. Das neu geliehene Geld stammt vor allem von der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der japanischen »Miyazawa Fund Initiative«.

Vgl. MTI 17., 20. u. 21.6.99 UCAN
15.6.99